

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P. XXV/216

13. November 1970

Entwicklungspolitik und Ideologie

Einige notwendige Feststellungen

Von Erhard Eppler SPD-MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

In der Automobilindustrie tickt die Zeitbombe

Die Hochpreise sind nicht mehr durchzuhalten

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Wird Ostfriesland Europas größte Müllkippe?

Von schwierigen deutsch-holländischen
Verhandlungen

Von Georg Peters SPD-MdB

Präsident der Arbeitsgemeinschaft zum
Schutze der deutsch-niederländischen
Küstengewässer

Seite 5 und 6 / 91 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9156
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-36
Telefax: 696 848/696 847/
866 849 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Entwicklungspolitik und Ideologie

Einige notwendige Feststellungen

Von Erhard Eppler SPD-MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Diskussion, was Entwicklungspolitik ist, was sie bewirken soll, wer durch Entwicklungshilfe unterstützt werden soll, scheint langsam in Gang zu kommen. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nur froh darüber sein.

Allerdings wird er stutzig, wenn sich plötzlich ein Zeitungsverlag engagiert, für den Entwicklungspolitik bisher höchstens im Wirtschaftsteil existierte, der in allen seinen zahlreichen Redaktionen bisher keinem einzigen Journalisten die Zeit oder den Auftrag gab, die internationale Diskussion zur Entwicklungshilfe kontinuierlich zu verfolgen. Es ist selbstverständlich, daß ein sozialer Rechtsstaat die knappen Mittel, die er den Ländern der Dritten Welt zur Verfügung stellen kann, da einsetzt, wo am ehesten gewährleistet ist, daß sie allen Menschen in diesen Ländern zugute kommt. Wer hier mit dem Einwand kommt, wir Deutschen wollten wieder einmal Ideologien exportieren und die Welt beglücken, der hat keines der einschlägigen Dokumente der internationalen Entwicklungspolitik der letzten eineinhalb Jahre je gelesen.

In Wirklichkeit ist es umgekehrt: Wir haben eine Reihe von Ideologien konsequent abgebaut, vor allem die seit Ludwig Erhard gängige Ideologie, unsere Entwicklungshilfe hätte unsere Form der Marktwirtschaft zu exportieren. Sie hat gar keine Modelle zu exportieren, sie hat sich an den jeweiligen Interessen und Zielen der Völker in Entwicklungsländern zu orientieren. Aber manche Ideologien sitzen so tief, daß ihr Abbau einigen Leuten als Ideologie erscheint. Alle Fachleute, die etwas von Entwicklungshilfe verstehen, sind sich längst darüber einig: Wirtschaftliches Wachstum ist noch keine Entwicklung; es muß mit dem Abbau sozialer Ungerechtigkeiten Hand in Hand gehen. Daß auf diesem Gebiet

nichts gegen den Willen der Entwicklungsländer selbst zu erreichen ist, versteht sich von selbst.

Entwicklungspolitik, so heißt es in der Generalformel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, "soll Völkern helfen, sich selbst zu helfen, damit sie sozial und wirtschaftlich aufholen, ihre Gesellschaft nach eigenen Zielen modernisieren und in der weltweiten Interdependenz über die gemeinsame Zukunft mitbestimmen können".

Die im Augenblick letzte Stimme in Reigen der Ideologiker kommt aus den Reihen der CDU/CSU. In einer eigenartig und widersprüchlich anmutenden Mischung aus Progressiv-sein-wollen und Aggressivität warf der CDU-Abgeordnete Leisler Kiep der Bundesregierung in einer Pressekonferenz vor, sie treibe ideologische Entwicklungspolitik, um dann anschließend die Linie unserer Politik in allen Fragen zu bestätigen oder gar links zu überholen. Es ist Sache Kieps, seine Ansichten auch vor dem außenpolitischen Arbeitskreis seiner Fraktion zu vertreten.

"Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland muß dazu beitragen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen in den Entwicklungsländern zu schaffen, die alle Schichten der Bevölkerung am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt." So Kiep auf seiner Pressekonferenz. Gut gebrüllt, Löwe! Hoffentlich Löwe!

Da "je einfacher Reden eine Gabe Gottes ist" (Adenauer). Jede Entwicklungspolitik, die sich zu Recht den Vorwurf machen lassen müßte, sie mache nur die Reichen in Entwicklungsländern noch etwas reicher, müßte in unserem Land aus Mangel an Unterstützung absterben. Solange Sozialdemokraten regieren, wird dies nicht geschehen.

+ . . . +

In der Automobilindustrie tickt die Zeitbombe

Die Höchstpreise sind nicht mehr durchzuhalten

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Bei der europäischen Automobilindustrie tickt die Zeitbombe. Vor allem in der Bundesrepublik hat die Nachricht wie eine Bombe eingeschlagen, daß die Preisbindung bei der Adam-Opel AG ins Wanken geraten ist. Was sind die Hintergründe?

Die Römischen Verträge sagen in ihrem Artikel 85 ganz klar aus, "dass alle Maßnahmen, den Wettbewerb innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzuschränken oder zu verfälschen, verboten sind". Insbesondere wird dort auch auf die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstigen Geschäftsbedingungen verwiesen.

Nachdem die EWG-Kommission bereits im Frühjahr dieses Jahres gegen insgesamt 30 Automobilproduzenten und Ex- und Importeure Verfahren wegen Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln eingeleitet hat, ist nunmehr auch das Bundeskartellamt aktiv geworden.

Die Bundestagsfraktionen der SPD und FDP haben in dieser Woche in einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung das Problem politisch aufgegriffen, "daß die räumliche und preisliche Marktteilung durch deutsche und französische Pkw-Hersteller die Errichtung des Gemeinsamen Marktes schwerwiegend beeinträchtigt und gegen die Ziele des Vertrages von Rom verstoße".

Weder deutsche noch französische Automobilproduzenten werden diesem Vorwurf ernsthaft widersprechen können, denn es ist

eine unumstößliche Tatsache, daß einzelne Typen französischer Pkws in Frankreich durch deutsche Käufer bis zu 4.000,-- DM billiger erworben werden können als in der Bundesrepublik. Gleichzeitig sind deutsche Pkws in den angrenzenden Ländern, z.B. Frankreich oder Holland, bis zu 2.000,-- DM billiger.

Will jedoch der Verbraucher sich die Segnungen des Europäischen Marktes zunutze machen, stößt er auf viele Fußangeln der Automobilproduzenten, die teilweise unter Androhung von Konventionalstrafen ihren Händlern den Kauf von Kraftfahrzeugen an fremde Staatsbürger verbieten. Während man also den Verbraucher mit juristischen Spitzfindigkeiten abhalten will, im Nachbarland bei preisgünstigeren Angeboten zu kaufen, haben inzwischen findige Handelsfirmen über die EWG-Hintertür - und dies ist juristisch nicht anfechtbar - begonnen, beispielsweise deutsche Kraftfahrzeuge, die nach Holland geliefert worden sind, wieder in die Bundesrepublik zu reimportieren.

So konnte ein Frankfurter Autohaus in der letzten Woche Opel-Wagen zehn bis 15 vH. unter dem Listenpreis anbieten, die nur den Weg von Rüsselsheim nach Frankfurt genommen hatten. Jedoch waren die Begleitpapiere über eine niederländische Firma ausgestellt.

Jetzt steht eindeutig fest, daß die Preisbindung bei Kraftfahrzeugen durchlöchert ist. Das Bundeskartellamt hat nunmehr die Handhabe, wegen dieser Lückenhaftigkeit bei der Preisbindung einzuschreiten. Nach Film- und Farbfernsehgeräten tritt nun bei Kraftfahrzeugen eine ähnliche Situation ein, daß Hochpreise von den Produzenten in der Bundesrepublik nicht mehr durchgestanden werden können, wenn ihre gleichen Erzeugnisse in den anderen Ländern der EWG wesentlich billiger angeboten werden.

Mit den Maßnahmen der Europäischen Kommission in Brüssel und des Bundeskartellamtes in Berlin wird kein Zweifel daran gelassen, daß die verantwortlichen Behörden eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs im europäischen Verbrauchermarkt nicht mehr länger zulassen werden. Daher läßt auch die EWG-Kommission keinen Zweifel daran, daß sie notfalls das Verhalten der Automobilproduzenten auch mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof beantworten wird.

Wird Ostfriesland Europas größte Müllkippe?

Vor schwierigen deutsch-holländischen Verhandlungen

Von Georg Peters SPD-MdB

Präsident der Arbeitsgemeinschaft zum
Schutze der deutsch-niederländischen Küstengewässer

Die nordwestlichste Ecke Deutschlands, der Regierungsbezirk Ostfriesland, steht seit dem 21. Oktober 1970 vor der akuten Bedrohung, in wenigen Jahren in einer gigantischen Schmutzflut buchstäblich unterzugehen. Was die recht rauen Winterstürme der Nordsee in vielen Anläufen nicht vermocht haben, kann der Federstrich bewirken, mit dem das Parlament der benachbarten niederländischen Provinz Groningen den Bau des ersten Abschnittes der größten Schmutzwasser-Pipeline der Welt beschlossen hat.

In ihrer Endstufe würde sich über diese Leitung eine Schmutzmenge in die Emsmündung ergießen, die dem entspricht, was 24 Millionen Menschen im Laufe eines Jahres an Dreck produzieren. Die Verantwortlichen werden nicht müde, zu betonen, das natürliche Selbstreinigungsvermögen des Wassers würde mit dieser Schmutzmenge fertig werden. Das ist der Punkt, wo deutsche und holländische Experten ihre nachhaltigen Proteste ansetzen. Als entscheidendes Kriterium gilt der Sauerstoff, der von den Mikroben im Wasser zum biologischen Abbau der Schmutzstoffe benötigt wird. Die niederländischen Behörden sagen, daß der Sauerstoffgehalt ohne Schaden bis auf 50 v.H. und weniger gesenkt werden könne. Aber alle ernstzunehmenden Wissenschaftler erklären, daß ein solches Gewässer kaum noch pflanzliches oder tierisches Leben enthalten wird, mit Ausnahme von einigen wenigen wuchernden und stark giftigen Substanzen.

Das Abwasserproblem in Nordholland ist uralte. Seit mehr als 50 Jahren leiten dort Kartoffelmehl- und Strohkartonfabriken ihre Fabrikatsrückstände ungeklärt in die Kanäle und Wasserläufe ein, die längst zu den schmierigsten Kloaken geworden sind. Die Folge ist eine riesige, widerliche Gestankglocke, unter der die Bevölkerung schwer zu leiden hat. Bemühungen, aus diesem unerträglichen Zustand herauszukommen, verdienen gewiß alle Unterstützung. Doch mutet die gewählte "Lösung" wie blanker Hohn an, wo die menschliche Umwelt ohnehin den vielfältigsten Bedrängnissen ausgesetzt ist. Angeblich sind für Kläranlagen weder staatliche Mittel vorhanden, noch seien die Fabriken finanzstark genug, um eigenständige Säuberungseinrichtungen zu installieren.

Ostfriesland aber sieht sich vor die Existenzfrage gestellt. Denn der Dreck aus den holländischen Rohren wird, von Ebbe und Flut hin- und herbewegt, nicht etwa in die offene See hinausströmen, sondern schließlich zum Überwiegenden Teil an der deutschen Küste und ihren vorgelagerten Inseln angeschwemmt werden. Daraus erwachsen drei katastrophale Folgen, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Bedeutung noch gar nicht ermesselt werden können.

Das betrifft zuerst den Fremdenverkehr, der in starkem Maße

und zunehmend das wirtschaftliche Rückgrat dieser an Industrie so armen Region darstellt. Das saubere und gesunde Wasser der Insel- und Küstenbäder Ostfrieslands stellt ein bedeutsames und zukunftssträchtiges Kapital dar. Dieses Sommerhalbjahr brachte mit rund fünf Millionen Übernachtungen wieder einen neuen Saisonrekord, wobei Millionenbeträge in die ostfriesische Wirtschaft flossen. Mit verpesteten und stinkenden Badestränden aber wird kein Urlauber mehr an diese Küste zu locken sein. Für die Menschen in den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr hieße das, den Verlust eines reizvollen und günstig gelegenen Erholungsgebietes zu beklagen.

Ein anderer Wirtschaftszweig, die Küstenfischerei, wäre dem völligen Ruin ausgeliefert. Die Küstengewässer sind auch die Kinderstube für zahlreiche Arten von Hochseefischen. Eine Vernichtung ihrer natürlichen Aufzuchtgebiete ginge einher mit einem einschneidenden Rückgang der Fangergebnisse.

Eine extreme Gefährdung liegt schließlich in einer langfristigen Auswirkung derartiger Schmutzwassereinführen, die den Küstenschutz trifft. Die Watten, die sich als natürliche Barriere dem dauernden Ansturm der See entgegenstellen, hängen in ihrer Existenz von einer bestimmten biologischen Balance ab. Wird diese nachhaltig gestört, verliert das Watt seine Festigkeit und wird von Wind und Wasser schnell aufgelöst und abgetragen. Noch gibt es kein praktisches Beispiel für diesen Vorgang - wie ja auch die Druckleitung hinsichtlich ihrer Dimensionen als beispiellos gilt. Inmehrin erwarten Fachleute für diesen Fall die Notwendigkeit, Milliardenbeträge für ein neues System des Küstenschutzes bereitstellen zu müssen, das dann in kürzester Frist verwirklicht werden müßte.

Das bedrohte Ostfriesland verlangt nach tatkräftiger Hilfe. Bonn ist dazu bereit. Seit mehr als einem Jahr verhandelt die Bundesregierung bereits mit den Niederlanden. Inzwischen sind die Standpunkte bezogen. Die Bundesregierung verlangt die Reinigung jedes Kubikmeters Abwasser vor seiner Einleitung in den Dollart, die Niederlande schieben nach wie vor Kostengründe vor ihre prinzipielle Weigerung. Diese Gespräche, in denen deutscherseits das Bundesministerium des Innern die Feder führt, scheinen jetzt einen toten Punkt erreicht zu haben. Die Bundesregierung wird also diplomatisch vorgehen müssen.

Aber auch die Ostfriesen selbst sind nicht untätig geblieben. Unter meiner Initiative wurde die "Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der deutsch-niederländischen Küstengewässer" gebildet. Sie wird gegen den Groninger Baubeschluß vom 21. Oktober zunächst die im niederländischen Verfassungsrecht gebotene Möglichkeit eines Einspruches bei der Krone nutzen und damit eine aufschiebende Wirkung erzielen. In Ostfriesland ist man zuversichtlich, schließlich doch zu obsiegen.